Spanien und Niederlande sind wichtigste Gemüselieferanten

Ein Großteil des in Deutschland verzehrten Gemüses kommt aus dem Ausland. Die mit Abstand wichtigsten Lieferländer waren im vergangenen Jahr Spanien und die Niederlande, teilte die Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft mit. Bei Gurken stammten 83 Prozent der Importe aus diesen beiden Ländern. Bezogen auf die Menge sind Tomaten das wichtigste Importgemüse. 2022 wurden rund 655.000 Tonnen eingeführt. Fast die Hälfte davon kam aus den Niederlanden. „Tomaten sind das mit Abstand beliebteste Gemüse in Deutschland, aber nur etwa 13 Prozent der Frischware stammt aus heimischem Anbau“, erklärte eine Sprecherin. Werden auch verarbeitete Tomatenprodukte mitberechnet, sinkt der heimische Anteil auf 3,5 Prozent. Spanien ist auch als Lieferant von Paprika und Salat entscheidend.

TEXT: DPA/FOTO: WOLFGANG KUMM/DPA

Das Ende der Dorfbank

Warum immer mehr regionale Finanzinstitute fusionieren und was das für die Zukunft bedeutet

VON CHRISTOPH BARTH

Bremen. Die Wieste ist ein kleiner Bach im Landkreis Rotenburg, der sich gut 25 Kilometer lang durch Wald und Wiesen windet und dann in die Wümme mündet. Zu einer gewissen Prominenz hat es das Flüsschen als Namensgeber der lokalen Volksbank gebracht: der Volksbank Wümme-Wieste. Doch damit ist es bald vorbei: Die Genossenschaftsbank mit Sitz in Sottrum geht im kommenden Jahr in der Bremischen Volksbank auf – für die Wieste endet damit ihre kurze Zeit des Ruhms in der Finanzwelt.

Wie der kleinen Volksbank mit ihren gut 25.000 Kunden erging es in den vergangenen Jahren vielen anderen regionalen Geldinstituten: Sie fusionierten oder wurden übernommen und verschwanden so von der Bildfläche. Gab es etwa zu Beginn der 1990er-Jahre noch rund 3500 Genossenschaftsbanken in Deutschland, sind es mittlerweile nur noch 750. „Wir haben schon seit mehr als 20 Jahren ein massives Bankensterben“, sagt der Finanzwirtschaftler Thorsten Poddig von der Universität Bremen. „Nur bekommt das die Öffentlichkeit nicht mit, weil sich das Bankensterben in Form von Fusionen und Übernahmen ganz im Stillen vollzieht.“

Auch im Raum Bremen schlossen sich in den vergangenen 25 Jahren mehrere Volksbanken zusammen: Osterholz und Bremervörde (2002), Oldenburg-Land und Delmenhorst (2003), Bremerhaven, Cuxhaven und Zeven (2007 und 2023). Die Mitglieder der Volksbank Syke haben gerade beschlossen, im kommenden Jahr in der bereits mehrfach fusionierten Volksbank Niedersachsen-Mitte aufzugehen. Und auch die Volksbank Wümme-Wieste, die nun Teil der Bremischen Volksbank wird, ist 1999 selbst aus einem Zusammenschluss hervorgegangen, nämlich zwischen Sottrum und Ottersberg.

Bei den Sparkassen bietet sich ein ähnliches Bild: Ihre Zahl halbierte sich bundesweit seit Anfang der 1990er-Jahre – von knapp 770 auf aktuell gut 360 Institute. So ging etwa die Sparkasse Rotenburg Osterholz aus zwei Fusionen in den Jahren 2000 und 2018 hervor; in Bremerhaven schlossen sich die Stadtsparkasse und die Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln 2014 zur Weser-Elbe-Sparkasse zusammen.

Die Gründe für den anhaltenden Trend zu größeren Regionalbanken sind vielfältig. Der wichtigste ist für Ulf Brothuhn, Vorstandsvorsitzender der Bremischen Volksbank, das Kundengeschäft: „Wir müssen mit unseren Kunden mitwachsen“, sagt er. Klassischer Kunde der Regionalbanken ist der örtliche Mittelstand – Handwerker, Händler, kleine Unternehmen, Landwirtschaft. „Die sind mit der Zeit gewachsen, und wenn sie sich weiter vergrößern wollen, brauchen sie dafür mehr Fremdkapital“, erklärt Brothuhn. Eine neue Werkhalle, teure Maschinen – der Geldbedarf geht da schnell in die Millionen. Die Bank aber kann Kredite nur bis zu einer bestimmten Höhe gewähren, je nach dem Eigenkapital, das das Geldinstitut in seinen Bilanzen vorzuweisen hat. Die einschlägigen Vorschriften sind nach der Finanzkrise 2008/09 deutlich verschärft worden, um weiteren Bankencrashs vorzubeugen.

Zunehmende staatliche Regulierung

Dazu kommen Investitionen in die Modernisierung der Banken, vor allem im Bereich Digitalisierung. „Es nützt ja nichts, wenn Sparkassen und Volksbanken irgendwo ein modernes Rechenzentrum stehen haben – aber vor Ort kann das alles nicht umgesetzt werden“, beschreibt Brothuhn das Problem. Um einen solchen „Flaschenhals“ zu vermeiden, brauche man mehr Mitarbeiter. „Regionalbanken sind also gezwungen zu wachsen“, resümiert der Volksbank-Chef, „entweder über den Markt oder eben über Fusionen.“

Sie wollen aus der Volksbank Wümme-Wieste und der Bremischen Volksbank im kommenden Jahr die Bremische Volksbank Weser-Wümme machen (von links): Die Bankvorstände Matthias Dittrich, Stefan Hunsche, Detlev Herrmann und Ulf Brothuhn. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Für den Finanzwirtschaftler Poddig ist ein weiterer Grund der ausschlaggebende für die Fusionswelle: die zunehmende staatliche Regulierung der Banken. „Es ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, welchen umfassenden, massiven gesetzlichen Regulierungen Finanzinstitute unterliegen“, erklärt der Wissenschaftler. „Und dabei wird nicht zwischen groß und klein unterschieden, es gibt keinen Regulierungs-Discount für kleine, regionale Banken.“ Neben den verschärften Eigenkapital-Vorschriften nach der Finanzkrise gehören umfangreiche Prüfungs-, Melde- und Dokumentationspflichten zu den Auflagen: „Kunden merken das am ehesten daran, wenn sie nach einem Beratungsgespräch die Protokolle unterschreiben müssen“, erklärt Poddig.

Aber auch hinter den Kulissen wartet viel Extra-Arbeit: die Prüfung von Transaktionen nach dem Geldwäschegesetz etwa – verdächtige Kontobewegungen müssen der Finanzaufsicht gemeldet werden. „Das alles verursacht Kosten, und die sind von kleinen Instituten einfach nicht mehr zu stemmen und erfordern größere Einheiten“, so der Finanzwirtschaftler.

Für die Kunden bedeutet das: „Ihre“ Bank wird immer größer und anonymer – „als Kunde verlieren sie die Regionalität“, beklagt Poddig. Ein Ende dieses Trends sei nicht in Sicht. „Für die kleinen Genossenschaftsbanken und Sparkassen wird es schwieriger“, prognostiziert er. Sie stünden vor dem Spagat, regional zu bleiben und trotzdem eine hinreichende Größe zu erreichen. Poddigs Prophezeiung: „In den nächsten 20 Jahren werden wir einen Großteil der kleinen Institute verlieren.“

Der Mittelstand macht sich mehr Sorgen

Einer Umfrage zufolge hat sich die Lage vor allem bei zwei Themen verschärft

Frankfurt/Berlin. Im Mittelstand in Deutschland wachsen angesichts schwacher Konjunktur und struktureller Probleme die Sorgen. Sowohl die Geschäftslage als auch die Erwartungen der mehr als 1000 befragten Unternehmen hätten sich im Vergleich zur Frühjahrsumfrage „deutlich eingetrübt“ – so das Fazit des Bundesverbandes Deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und der DZ Bank auf Basis ihrer jüngsten gemeinsamen Mittelstandsumfrage.

Im Frühjahr hatte in allen in der halbjährlichen Umfrage berücksichtigten Branchen und in Unternehmen fast aller Größenklassen noch die Hoffnung auf eine Erholung der Wirtschaft überwogen. Nun habe sich die Lage über die Dauerproblemfelder Fachkräftemangel und Bürokratie hinaus vor allem bei zwei Themen erkennbar verschärft:

Fast die Hälfte (46 Prozent) der Mittelständler macht sich der aktuellen Analyse zufolge inzwischen Sorgen um die Auftragslage, im Frühjahr waren es noch 29 Prozent. Am stärksten betroffen zeige sich davon die Chemie- und Kunststoffindustrie, die ohnehin stark unter den gestiegenen Energiekosten leide.

Zudem bereitet einem Viertel (26 Prozent) der im Zeitraum 18. September bis 16. Oktober 2023 befragten Inhaber und Geschäftsführer Kopfzerbrechen, dass Finanzierungen infolge der rasant gestiegenen Zinsen teurer geworden sind. Das sind so viele wie nie zuvor im Rahmen dieser Erhebung. Auf dem Bau liegt dieser Wert mit 35 Prozent noch höher.

„Die Anstrengungen der Bundesregierung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts müssen schnell zu greifbaren Ergebnissen kommen“, mahnte BVR-Präsidentin Marija Kolak. Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und finanzielle Anreize für mehr Investitionen hätten dabei Priorität.

DZ-Bank-Firmenkundenvorstand Uwe Berghaus äußerte sich trotz der Dauerkrisen der vergangenen Jahre optimistisch, dass der Mittelstand auch die neuen Herausforderungen gut meistern werde. „Die Unternehmen sind sehr wandlungsfähig.“

In der aktuelle Ausgabe der halbjährlichen Mittelstandsstudie, die durch eine Auswertung der Jahresbilanzen mittelständischer Firmenkunden ergänzt wird, heißt es: „Die Ergebnisse dieser Studie machen (...) Hoffnung, dass die allermeisten Mittelständler auch die nächsten Monate und die nächsten Jahre erfolgreich abschließen können. Gut gerüstet dafür scheinen sie jedenfalls zu sein.“ DPA

Übernimmt Kühne den Elbtower?

Baustopp nach Zahlungsverzug

Hamburg. Der Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne prüft nach einem Bericht des „Handelsblatt“ die Übernahme des Hochhausprojekts Elbtower in Hamburg. Dieses ist aktuell die größte Baustelle des kriselnden Immobilien- und Handelsunternehmens Signa, das vom österreichischen Milliardär René Benko gegründet wurde. Unter anderem hohe Baukosten und steigende Kreditzinsen hatten den Konzern in Schieflage gebracht, unbestätigten Berichten zufolge soll diese nun zur Insolvenz der Tochterfirma Signa Real Estate Management Germany (Signa REM) geführt haben.

Laut dem „Handelsblatt“-Bericht soll Kühne bereits erste Verhandlungen mit der Stadt Hamburg geführt haben. Eine Stellungnahme zur angeblichen Prüfung der Elbtower-Übernahme habe er jedoch abgelehnt, auch von Signa und der Stadt Hamburg gab es hierfür zunächst keine Bestätigung.

Millionenschweres Prestigeobjekt

Der Elbtower war noch vom früheren Hamburger Bürgermeister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf den Weg gebracht worden. Er soll mit 65 Stockwerken und 245 Metern Deutschlands dritthöchstes Gebäude nach dem Commerzbank Tower und dem Messeturm in Frankfurt werden. Früheren Angaben von Signa Real Estate zufolge sollte der Wolkenkratzer 950 Millionen Euro kosten.

Nach mehrfachem Zahlungsverzug ruhen die Arbeiten an dem Projekt allerdings aktuell. Der Senat pocht angesichts des Baustopps auf eine fristgerechte Fertigstellung des Gebäudes – spätestens zwei Jahre nach den bisherigen Planungen. Laut Vertrag muss der Rohbau spätestens Anfang 2028 fertiggestellt werden, andernfalls drohen Strafzahlungen von 500.000 Euro monatlich, maximal zehn Millionen Euro. WK

AUTOBAUER

Neue Urlaubsregel für VW-Manager

Wolfsburg. Der Autobauer Volkswagen passt seine Urlaubsregelungen für Mitglieder des Managements an die von Tarifbeschäftigten an. Bislang galt die Regel, dass Manager ihren Jahresurlaub nicht wie andere Beschäftigte im selben Jahr nehmen müssen. Sie konnten ihn bis zu einem späteren Zeitpunkt unbegrenzt aufsparen. Damit ist 2024 Schluss, wie der „Spiegel“ zuerst berichtete. „Mit der Neuregelung für das Management findet eine Angleichung an die Urlaubsregelung im Tarifbereich statt“, sagte eine VW-Sprecherin. Es gehe auch um Vereinheitlichung von Prozessen im Personalbereich. Der Urlaub diene der Erholung und dem Schutz der Gesundheit aller Beschäftigten. Mitglieder im Management trügen eine Verantwortung durch ihre Vorbildfunktion. Mit der Anpassung der Urlaubsregelung werde man dieser Vorbildfunktion gerecht. Der „Spiegel“ hatte berichtet, einzelne Führungskräfte hätten auf Basis der bisherigen Regelung Urlaubsansprüche von mehreren Monaten angehäuft. DPA

STUDIE

Mit künstlicher Intelligenz gegen Fachkräftemangel

Düsseldorf. Textroboter wie Chat-GPT, Bildgeneratoren und andere Programme der sogenannten generativen künstlichen Intelligenz könnten den Fachkräftemangel spürbar lindern. Das geht aus einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey & Company hervor. Die Forscher verwiesen auf die hohe Zahl der offenen Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, die sich seit 2004 auf über 800.000 im Jahr 2022 vervierfacht habe. Die Technologie habe das Potenzial, Arbeitsschritte zu teilautomatisieren, Menschen von Routinearbeiten zu entlasten und so neue Freiräume für kreative Arbeit und Innovation zu schaffen, hieß es. Von der Linderung des Fachkräftemangels würden aber nicht alle Branchen gleichmäßig profitieren. Besonders vielversprechend sei der Einsatz der generativen KI für Tätigkeiten, die ein hohes Bildungsniveau erforderten. Körperlich geprägte Arbeiten würden kaum beeinflusst. DPA

REDAKTION WIRTSCHAFT
Telefon 0421 / 36 71 36 90
Mail: wirtschaft@weser-kurier.de